



HERBSTSYNODE 2021

25.-27. NOVEMBER

Gesprächskreis OFFENE KIRCHE

Holger Stähle
Bezirssynodaler für Künzelsau, Gaildorf
und Schwäbisch Hall
Holger.staehle@elkw.de

BERICHT DES
GESPRÄCHSKREISES

OFFENE KIRCHE

OFFENE KIRCHE

Evangelische Vereinigung in Württemberg

www.offene-kirche.de



[fb/offene-kirche.de](https://www.facebook.com/offene-kirche.de)



[offene.kirche.wue](https://www.instagram.com/offene.kirche.wue)

INHALT

3
4
5
6
7
8

STRUKTUR 2024+

AKTUELLE STUNDE:
IMPFAUFRUF

STRATEGISCHE PLANUNG

GEWÄLTSCHUTZGESETZ,
ANTRÄGE

ANFRAGEN, HAUSHALT

BISCHÖFIN-WAHL

**OFFENE
KIRCHE**

**Zwei Jahre stärkster Gesprächskreis.
Das haben wir erreicht:**



Landeskirchliche **Klimaneutralität** bis 2035:
Klimaschutzgesetz auf den Weg gebracht



Zivile Seenotrettung: Wir unterstützen
United4Rescue mit 75.000€



Mutmacherfonds der Diakonie für
Menschen in sozialer Not



Corona-Bonus für alle Gemeinden
im Jahr 2021



Synodale Beteiligung im **Pensionsfonds** der
Pfarrer*innen



Aktionsplan gegen **Antisemitismus und
Rassismus** ist auf dem Weg



Homosexuelle Pfarrer*innen: Antrag auf
konsequente Gleichstellung ist eingebracht

Votum

KIRCHLICHE STRUKTUREN 2024+ PROJEKT VERWALTUNGSREFORM



Zu Überlegungen, wie die kirchengemeindliche Verwaltung zukünftig aufgestellt sein sollen, berichten Oberkirchenrat Christian Schuler und die stellvertretende Ausschussvorsitzende **Dr. Antje Fetzer** (Backnang/Waiblingen) von der OFFENEN KIRCHE über Ergebnisse der Erprobungsphase des Projektes.

Die drei Piloten sind im Rems-Murr-Kreis, dem Bereich Ulm-Blaubeuren und in Oberndorf am Neckar angesiedelt. Ziel der Erprobung war es, jeweils Verwaltungsstrukturen zu testen, welche die Aufgaben der Kirchenpflege regional bündeln, die Kirchengemeinden entlasten und trotzdem eine Verwaltungspräsenz vor Ort erhalten. Dabei unterscheiden sich die Modelle vor allem in Trägerschaft und Einzugsbereich.

Für die OFFENE KIRCHE kommentierte **Ulrike Sämman** (Esslingen/Bernhausen) die Projektergebnisse. Sie stellte fest, dass keines der Pilotprojekte alle fünf Kriterien erfüllen kann, die aus Sicht der OFFENEN KIRCHE für ein reformiertes Verwaltungsmodell gesetzt sind: 1) Bündelung auf überörtlicher Ebene, 2) Entlastung der Pfarrpersonen, ohne den Überblick über die Verwaltung zu verlieren, 3) Bewahrung der Hoheit des Kirchengemeinderats, 4) Erhalt einer örtlichen Ansprechperson der Verwaltung 5) Präsenz einer festen Ansprechperson bei allen relevanten KGR-Sitzungen.

Die Bewertung der drei Piloten aufgrund dieser Kriterien zeigt: Die Landeskirchliche Trägerschaft (Rems-Murr-Kreis) lässt die kirchengemeindliche Sichtweise vermissen und ein Top-down-Durchregieren der Landeskirche auf die Ortsgemeinde befürchten. Die Distriktkirchenpflege (Oberdorf a.N.) gewährt demgegenüber die beste Präsenz in der Gemeinde, ist aber mit fünf bis zehn Mitarbeitenden wohl für die gewünschte Bündelung zu kleinteilig. Außerdem ist das notwendige fünf- bis zehnfältige Wahlamt mit entsprechender Gremienpräsenz für Mitarbeitende unter Umständen wenig attraktiv. Potential sieht Sämman bei der Verbandsstruktur (Ulm-Blaubeuren), die Bottom-up aufgebaut ist, aber trotzdem viele Synergien und Spezialisierungen zulässt.

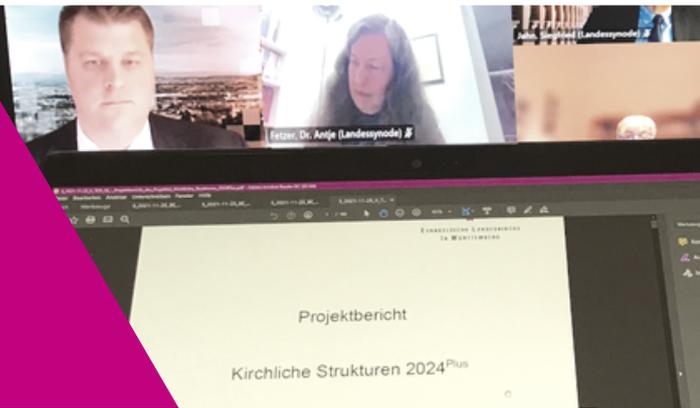
Je nach eingeführtem Modell erscheint die Einführung des teilweise miterprobten Berufsbilds der Gemeindeassistenten als sinnvoll. In den stärker zentralisierten Projektsettings wird diesem neuen Berufsbild die Rolle der Präsenz in den Kirchengemeinden zugedacht. Hier sieht Sämman Potential, aber auch Schärfungsbedarf.

Die OFFENE KIRCHE setzt sich bei der Verwaltungsreform konsequent für den Erhalt der Gemeindenähe und für eine klare Unterscheidung von operativer Ebene und Aufsicht ein, um die Selbständigkeit und die Gestaltungskompetenz der Ortsgemeinden zu stärken. Die Anstellung sollte aus Sicht der OFFENEN KIRCHE nicht bei der Landeskirche liegen.

Die Entscheidung zur Strukturreform ist für die Sommersynode 2022 geplant, die Umsetzung soll bis zum Jahr 2030 erfolgen.

Dr. Antje Fetzer

[Link: Das ganze Votum von Ulrike Sämman](#)



Aktuelle Stunde

"FRIEDEN STIFTEN DURCH IMPFPFLICHT?"



Die OFFENE KIRCHE wirbt mit Nachdruck für Impfungen gegen Corona. Hans Probst (Tübingen) gab in der aktuellen Stunde folgende Erklärung ab:

„Mit Blick auf die aktuelle vierte Welle der Corona-Pandemie und der dramatischen Situation auf vielen Intensivstationen erklärt der Gesprächskreis OFFENE KIRCHE: Auch unter Kirchenmitgliedern ist die Impfbereitschaft nicht ausreichend hoch. Zweifel oder Angst vor einer Impfung und ebenso grundsätzliche Ablehnung von Impfungen sind in allen Bereichen und allen Frömmigkeitsrichtungen der Evangelischen Kirche vorhanden. Daher sieht der Gesprächskreis OFFENE KIRCHE auch alle Teile der Ev. Landeskirche in der **Verantwortung, noch stärker für Impfungen gegen das Corona-Virus zu werben.**

[...] Freiwillige Impfungen haben dabei für die OFFENE KIRCHE Priorität. Wenn in den kommenden Wochen jedoch aus Freiwilligkeit die Anzahl an Erstimpfungen nicht ausreichend gesteigert wird, muss über verpflichtende Maßnahmen nachgedacht werden. Eine Impfpflicht für einzelne Berufsgruppen oder Arbeitsbereiche, auch innerhalb von Kirche und Diakonie [...] erzeugen nur neue gesellschaftliche Spaltungen und lösen weitergehende Debatten über Verhältnismäßigkeit und Angemessenheit einer solchen Maßnahme aus. **Wenn es eine Impfpflicht geben sollte, dann für alle Bürger*innen.**

Weiter sieht der Gesprächskreis OFFENE KIRCHE mit großer Sorge, wie in Konflikten um Impfungen nicht nur soziale Spaltungen entstehen, sondern auch **neue Formen des Antisemitismus und der Relativierung des Nationalsozialismus** sichtbar werden. Eben solche Formen der Impfablenkung nehmen wir auch unter Christ*innen wahr. Das Nein zur Impfung ist jedoch eine individuelle

Entscheidung, die Konsequenzen zeitigt, welche in keiner Weise mit der Verfolgung und Ausgrenzung von Jüdinnen*Juden in der Zeit des Nationalsozialismus vergleichbar sind. Auch hier tragen alle Teile der Landeskirche die je eigene Verantwortung, in Verkündigung und Tat dem mit Klarheit entgegenzutreten.“

In der Diskussion unterstützten die Synodalen der OK die Erklärung. Deutlich wurde: Zwischen Freiheit und Solidarität muss intensiv abgewogen werden. Dennoch: Freiwilligkeit reicht nicht mehr aus, so **Prof. Dr. Martina Klärle** (Crailsheim/Blaufelden/Weikersheim). **Christiane Mörk** (Besigheim/Brackenheim) wirbt für Vertrauen in die Impfstoffe und bittet um Respekt vor denen, die in den Kliniken Schwerstarbeit leisten.

Michael Schradi (Ulm/Blaubeuren) beklagt die moralische Aufrüstung in der Impfdebatte und fordert eine faire Streitkultur. Eine Impfpflicht könne den moralischen Druck nehmen. Die weltweite Perspektive fordert **Yasna Crüsemann** (Göppingen/ Geislingen) ein. Angesichts fehlender Impfstoffe im globalen Süden sei Impferweigerung bei uns ein Luxusproblem. **Eckart Schultz-Berg** (Stuttgart) bezeichnet die Impferweigerung als Angriff auf die Gesundheit anderer Menschen. De facto sei die Impfpflicht eingeführt, argumentiert **Dr. Antje Fetzer** (Backnang/Waiblingen), eine klare Pflicht würde zu klaren Verhältnissen führen.

Hellger Koepff



[Link: Die ganze Pressemitteilung zur Impfquote](#)

Beratungen der Landessynode

STRATEGISCHE PLANUNG

Direktor Stefan Werner brachte in die Synode die strategische Planung des Oberkirchenrates ein. Unter dem Motto „Theologie wagen, Kontinuität zeigen, Herausforderungen annehmen: Weniger ist Mehr“ zeichnete er eine Perspektive für inhaltliche und organisatorische Schwerpunkte der Evangelischen Landeskirche in Württemberg. Hierfür benannte er die Stärkung des Pfarrdienstes, die weitere Digitalisierung in Arbeitsprozessen, der Weg zur Klimaneutralität und die Verbesserung von Kommunikation innerhalb der Landeskirche.

In seinem Gesprächskreisvotum für die OFFENE KIRCHE nahm **Hans Probst** (Tübingen) die Frage auf, wovon es Mehr und Weniger in der Landeskirche geben solle: Mit einem klaren theologischen Profil, das die Kirche auch in Zukunft in der Öffentlichkeit sichtbar mache, müsse in der Kirche keine Resignation und Angst entstehen: „Denn, wir haben etwas vor mit dieser Botschaft des Kreuzes. Wir wollen in diesem Licht die Welt gestalten und werden diese Botschaft auch in einer kommenden Minderheitensituation nicht verstecken.“ Alle Kirchengemeinden zum Trotz könne dann die „vielfältige Gesellschaft als ein Gewinn beschrieben werden.“

Um die Kommunikation zwischen Oberkirchenrat, Synode und Gemeinden zu verbessern forderte Probst vielmehr die Machtpositionen zu überdenken. Er kündigte an, dass die OFFENE KIRCHE hierzu einen Diskussionsprozess über die landeskirchliche Verfassung anstrengen werde: „**Hin zu mehr Zutrauen in die Kirchengemeinden; zu mehr Demokratie; zu mehr Subsidiarität!**“ Probst warb in seinem Votum für ein verbindliches Klimaschutzgesetz der Landeskirche hin zur Klimaneutralität im Jahr 2035: „Als Kirche werden wir niemals nur an unseren Worten, sondern eben immer auch an unseren Früchten gemessen.“

Die Synodale und Umweltwissenschaftlerin **Prof. Dr. Martina Klärle** (Crailsheim/Blaufelden/Weikersheim) unterstrich: Klimaschutz koste Geld, aber eines koste noch mehr Geld – kein Klimaschutz. Dem fügte **Eckart Schultz-Berg** (Stuttgart) hinzu: „Energetische Sanierungen kosten zwar Geld, aber nachhaltig sparen sie Geld.“ Zusätzlich warb er für die Möglichkeiten für Kirchengemeinden, Investitionen in sozialen Wohnungsbau tätigen zu können.



Gerhard Keitel (Vaihingen Enz/Mühlacker) blickte kritisch auf die weiter noch ausstehende Entwicklung eines Bildungsgesamtplans: In den vergangenen beiden Jahren sei dies mehrmals aus unterschiedlichen Gründen verschoben worden. Daher warb er für mehr Geschwindigkeit für die Erstellung eines Bildungsgesamtplans. **Hellger Koepff** (Ravensburg/Biberach) warb für eine theologische Reflexion, insbesondere im Bereich der ökologischen Frage. Hier brauche es eine Haltungsänderung. **Dr. Antje Fetzner** (Backnang/Waiblingen) hinterfragte: „Begründen wir mit der Theologie das, was wir wollen oder lassen wir uns von ihr leiten?“ Hier sehe sie methodische Schwachstellen. Sie griff den Wunsch des Oberkirchenrates nach weniger Projekten auf, fragte aber: „wo fangen wir konkret an?“ Hier sei der Oberkirchenrat Antworten schuldig geblieben.

Hans Probst

[Link: Das ganze Votum von Hans Probst](#)

*Beratungen der
Landessynode, Anträge*

SCHUTZ VOR SEXUALISierter GEWALT, ÖKUMENE, GLEICHSTELLUNG HOMOSEXUELLER PFARRER*INNEN

Umgang mit sexualisierter Gewalt

Am internationalen Tag gegen Gewalt gegen Frauen berichtete die OKR-Beauftragte für Chancengleichheit Ursula Kress über den Umgang mit sexualisierter Gewalt in der Ev. Landeskirche. Dieser zeige sich zum einen durch die Aufarbeitung der Vergangenheit, zu der eine unabhängige Kommission der Universität Ulm eingesetzt wurde, und zum anderen durch Prävention und Schulung Haupt- und Ehrenamtlicher.

Angelika Klingel (Ditzingen/Leonberg) dankte Ursula Kress und ihrer Mitarbeiterin Miriam Günderoth und unterstrich: „**Eine Kultur des Schweigens und Wegschauens darf in unserer Kirche keinen Raum haben!**“ Mitarbeitende müssen wissen, was zu tun ist und wohin sie sich wenden können. Täter*innen müssen bestraft werden. Vertrauen könne nur durch aktive Prävention zurückgewonnen werden. **Prof. Dr. Thomas Hörnig** (Ludwigsburg/Marbach) mahnte auch eine theologische Aufarbeitung an und **Hellger Koepff** (Ravensburg/Biberach) kündigte an, das Thema im Theologischen Ausschuss aufzunehmen.

Gerhard Keitel (Vaihingen Enz/Mühlacker) merkte an: „Wir könnten sagen: Es war ein Einzeltäter. Aber es gab ein Umfeld in der Kirche, das dem Täter dies auch erlaubt hat!“ Und: „Viel Demut steht uns bei der Aufarbeitung gut zu Gesicht und intensives Zuhören“. Auch **Prof. Dr. Martina Klärle** (Crailsheim/Blaufelden/Weikersheim) betonte, **vor Gewalt stehe ein langer Weg des Wegschauens**. Dem gelte es den Nährboden zu entziehen.

Dem kirchlichen Gesetz zum Schutz vor sexualisierter Gewalt stimmte die Synode einstimmig zu.

Anträge

Ein Antrag aus der Synode, eine eigenständige, weisungsungebundene Fachstelle für das Thema sexualisierte Gewalt mit angemessener Personalausstattung einzurichten, fand Unterstützung aus allen Gesprächskreisen, und wurde ausdrücklich auch von der OFFENEN KIRCHE unterstützt.

In einem Antrag der OFFENEN KIRCHE, mit **Yasna Crüsemann** (Göppingen/Gaislingen) als Erstunterzeichnerin, wird der OKR gebeten, den **Lehrauftrag für Missionswissenschaft und Ökumenische Theologie** (Interkulturelle Theologie) an der Universität Tübingen wiederzubesetzen. Den gesamten Antragstext finden Sie [hier](#).

Als gemeinsamer Antrag von Synodalen der OFFENEN KIRCHE und Evangelium und Kirche wurde die **Gleichstellung von verheirateten homosexuellen Pfarrer*innen** gefordert: Alle rechtlichen und verwaltungstechnischen Einschränkungen für homosexuelle Pfarrer*innen sollen aufgehoben werden. Den gesamten Antragstext finden Sie [hier](#).



*Beratungen der
Landessynode*

ANFRAGEN HAUSHALTSDEBATTE



Förmliche Anfragen

Synodale der Offenen Kirche erfragte beim Oberkirchenrat nach der Mitfinanzierung der Koordinationsstellen für die **Notfallseelsorge** auf Landesebene. Die Antwort der förmlichen Anfrage finden Sie [hier](#).

Ebenso wurde erfragt, welcher Stellenwert dem **Friedenspfarramt** durch den Oberkirchenrat beigemessen werde und weswegen aktuell die vakante Stelle nicht ausgeschrieben werde. Die Antwort des Oberkirchenrates finden Sie [hier](#).

Die Ablehnung der Mitgliedschaft einer Kirchengemeinde (Stadtkirchengemeinde Schorndorf) in einem lokalen **Bündnis gegen Rechtsextremismus** durch den Oberkirchenrat beantwortete der Oberkirchenrat wie folgt: [Mehr](#).

Hans Probst



Haushaltsdebatte

Für die OFFENE KIRCHE hielt **Eckart Schultz-Berg** (Stuttgart) das Votum und benannte einige Punkte des Haushaltsplanes. Die Steuereinnahmen sind im laufenden Jahr deutlich besser als erwartet, nur noch wenige Prozentpunkte unter den Einnahmen des Jahres 2019. Doch Sorge bereite die Entwicklung der kirchlichen Arbeit vor Ort durch die Einsparungen in den Zuweisungen an die Kirchengemeinden sowie durch die hohe Inflation. Gerade die Handlungsspielräume in unseren Kernaufgaben wie der Theologie, Ökumene, Kirchenmusik und dem Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt (KDA) müssten durch zusätzliche freie Mittel erweitert werden.

In der weiteren Aussprache kritisierte **Prof. Dr. Martin Plümicke** (Reutlingen), dass regelmäßig negative Prognosen bzgl. Kirchensteuereinnahmen zur Grundlage genommen werde. Diese negative Entwicklung sei aber bisher nicht eingetreten. **Gerhard Keitel** (Vaihingen Enz/Mühlacker) bemerkte, dass trotz Sparmaßnahmen dem Südwestdeutschen Jugendverband – Entschieden für Christus (SWD-EC) ab 2022 für 5 Jahre jeweils 50.000 Euro zur Verfügung gestellt werden sollen ohne Vorliegen eines Gesamtbildungsplanes. Der Antrag der OK, diese Summe zunächst für 2022 vorzusehen und den Gesamtbildungsplan sowie den Strategieplan der Landeskirche abzuwarten, wurde abgelehnt. Der Haushaltsplan für 2022 wurde verabschiedet.

Birgit Auth-Hofmann

*Bischöfin*Bischofswahl*

BISCHOFSKANDIDATIN DR. VIOLA SCHRENK ERHÄLT UNTERSTÜTZUNG DER OFFENEN KIRCHE



Nach der öffentlichen Bekanntgabe der Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl des Landesbischofs bzw. der Landesbischöfin der Evangelischen Landeskirche in Württemberg erklärt der Vorstand der OFFENEN KIRCHE seine Unterstützung für **Dr. Viola Schrenk** in diesem Wahlprozess.

Miriam Bauer und **Hans-Ulrich Probst**, Vorsitzende der Offenen Kirche, erklärten: „Viola Schrenk ist nicht nur eine ausgezeichnete und profilierte Theologin. Sie ist klar in ihren Haltungen zu zentralen Herausforderungen der Landeskirche. Mit ihr verbindet sich die Chance für einen nachhaltigen Aufbruch in dieser Landeskirche. Es braucht eine Kirche, die wieder pointiert nach außen hin auftritt und gleichzeitig eine klare Orientierung im Innern erhält. Die Zeit ist reif, dass das höchste Amt der Württembergischen Landeskirche von

einer Frau geführt wird. 500 Jahre männliche Kontinuität darf enden.“

Im Gespräch mit Bauer und Probst unterstrich Schrenk ihre zentralen Anliegen für das Bischofsamt. „Ich möchte die kirchliche Sprachfähigkeit nach außen hin neu beleben.“ Auch eine kleiner werdende Kirche könne Aufmerksamkeit erlangen, wenn sie sich konstruktiv und aktiv in Debatten einbringe. „Die Zeiten des erhobenen kirchlichen Zeigefingers sind vorbei. Kirche kann bedeutungsvoll sein, wenn sie als vorbildlicher Arbeitgeber wahrgenommen wird oder wenn die Qualität der kirchlichen Einrichtungen leuchten.“

Bedeutung erhalte Kirche ebenso, „wenn sie Nachhaltigkeit und Klimafragen ernst nimmt und bei sich selbst beginnt.“ Auf den anstehenden Prozess hin zu einer klimaneutralen Kirche betonte Schrenk daher, dass Kirche nicht nur einen ganz praktischen Beitrag zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen innerhalb der Landeskirche leisten müsse. Insbesondere mit Blick auf den Gebäudebestand der Landeskirche müssten „höchste Anstrengungen auch finanzieller Art“ angestellt werden, so Schrenk. Klimaschutz sei ein zentrales kirchliches, biblisches und theologisches Thema. Deshalb müsse die Bewahrung der Schöpfung zur „Chefinnensache“ werden.



*Bischöfin*Bischofswahl*

BISCHOFSKANDIDATIN DR. VIOLA SCHRENK ERHÄLT UNTERSTÜTZUNG DER OFFENEN KIRCHE



Viola Schrenk erklärte weiter, dass sie für die Vielfalt unterschiedlicher Lebensformen innerhalb der Evangelischen Landeskirche einstehe: „Es gibt die eine christliche richtige Lebensform nicht.“ Die Kirchenmitglieder lebten längst in allen erdenklichen unterschiedlichen Lebensformen. Sie strebe eine Kirche an, in der es „eine Daseinsberechtigung aller Lebensformen gibt – ohne exklusive und ausschließende Tendenzen.“ Gegenüber neuen Gottesdienst- und Gemeindeformen innerhalb der Evangelischen Kirche versprach Schrenk eine offene und unterstützende Haltung als Bischöfin: Sie wolle wachsen lassen und schätze die neuen liturgischen Angebote neben traditionellen Formen als große Bereicherung. Dies bedeute auch, dass Kirche noch stärker im Digitalen sichtbar und ansprechbar werde. Dafür wolle sie nicht zuletzt die notwendigen technischen Voraussetzungen schaffen. Abschließend betonte Schrenk, dass sie als Bischöfin natürlich nicht nur moderierend, sondern auch leitend die Kirche gestalten wolle. Dafür brauche es „ein dynamisches Miteinander“, bei dem alle mitgenommen würden.

Die promovierte Theologin Schrenk ist aktuell Studieninspektorin des Evangelischen Stifts in Tübingen, war zuvor Gemeindepfarrerin in Waldhausen (Dekanat Schwäbisch Gmünd), Synodale der Evangelischen Landeskirche und dort Vorsitzende des Ausschusses Mission, Ökumene, Entwicklung der 15. Landessynode. Ihre theologischen Schwerpunkte sind u.a. der interreligiöse Dialog, die Kontakte in die weltweite Kirche und der Transfer zwischen theologischer Wissenschaft und Gemeindegearbeit.

Die OFFENE KIRCHE ist eine kirchenpolitische Vereinigung innerhalb der Evangelischen Landeskirche Württemberg. Sie hat knapp 1000 Mitglieder und stellt mit 31 Synodalen die größte Fraktion im Evangelischen Kirchenparlament. Die Nachfolge des scheidenden Landesbischofs Dr. h.c. Frank July wird im März 2022 gewählt.

Das gesamte Gespräch findet sich auf www.offene-kirche.de

Für Rückfragen stehen zur Verfügung:

Miriam Bauer Hans Probst
Vorsitzende OFFENE KIRCHE



Impressum:
Gesprächskreis OFFENE KIRCHE
Redaktion: Hans-Ulrich Probst und Ines Göbbel
Bilder: privat

www.offene-kirche.de

Tel. 07156 6029346
geschaeftsstelle@offene-kirche.de